



## Die größte Stadt der Schweiz erklärt sich zur „TiSA-freien Zone“

Mit dem Beschluss, sich zur TiSA-freien Zone zu erklären, setzt die Stadt Zürich im wachsenden Widerstand gegen die geheimen Handelsgespräche ein deutliches Zeichen. Der Züricher Gemeinderat stimmte mit deutlicher Mehrheit für einen von den Grünen eingebrachten Antrag, der zum Präzedenzfall werden kann und andere Regionen in ganz Europa darin bestärken könnte, dasselbe zu tun. Neben Lausanne und Genf schließt sich nun auch Zürich einer wachsenden Zahl von Städten in der Schweiz an, die sich als TiSA-frei erklärt haben. Stephen Giger, der Generalsekretär der Schweizer Gewerkschaft der öffentlichen Dienste (SSP-VPÖD), verweist auf die in ganz Europa immer größer werdende Bewegung gegen TiSA und erklärt: „Ich glaube, den Menschen bereiten der Inhalt von TiSA und die Bedrohung für die öffentlichen Dienste mehr Sorgen als die Art und Weise, wie die Verhandlungen geführt werden – die Schweizer Bevölkerung legt großen Wert auf ihren öffentlichen Sektor, und das ist es, was die Leute mobilisiert.“

Die PSI und ein starkes Bündnis aus Organisationen der Zivilgesellschaft lehnen das hinter verschlossenen Türen verhandelte Trade In Services Agreement (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) ab, weil es für den universellen Zugang zu öffentlichen Diensten verheerende Folgen hätte. Die Konzerne drängen darauf, dass das Abkommen der Deregulierung und Privatisierung Priorität einräumt, wodurch der Profit der Unternehmen über das allgemeine Interesse gestellt und in weiterer Folge die Befugnisse der Regierungen zur Regulierung der öffentlichen Dienste eingeschränkt werden würden. Rosa Pavanelli, die Generalsekretärin der PSI, sagt dazu: „Wenn diese Handelsabkommen tatsächlich demokratisch wären, wäre ganz Europa eine TiSA-freie Zone, weil die Menschen nicht wollen, dass die Konzerne mit öffentlichen Diensten Gewinne machen, auf die sie sich verlassen, um ein besseres Leben führen zu können.“

Die Abstimmung in Zürich erfolgt zu einem Zeitpunkt, da der Widerstand gegen die geheimen Handelsabkommen immer mehr an Dynamik gewinnt. Bei jüngsten Protesten in mehreren europäischen Städten gingen Hunderttausende auf die Straße, um ihre Stimme gegen TTIP, TiSA und CETA zu erheben. In Basel und in Bern, der Hauptstadt der Schweiz, überlegt die Politik nun ebenfalls, Anträge vorzulegen, die ihre Städte zu TiSA-freien Zonen erklären würden. Mit diesen Schritten wird das fortgesetzte Engagement der Schweiz bei den Gesprächen in Frage gestellt und darüber hinaus ein klares Exempel statuiert, wie die demokratische Aktion Verhandlungen torpedieren kann, die im Kern undemokratisch sind. Uruguay schied vor kurzem aus der TiSA-Verhandlungsrunde aus, nachdem es mit einem ähnlich hartnäckigen Widerstand seitens der Gewerkschaften des öffentlichen Dienst und der Zivilgesellschaft konfrontiert wurde.